

mit Schuljahresplaner
2020/2021



Wer immer tut,
was er schon
kann, bleibt
immer das,
was er schon ist.

Henry Ford

Erwachsene bilden

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

Juli/August
2020

Erwachsene bilden

- 3 **Wir müssen den Druck gegen skandalöse Tariffucht erhöhen!**
Gabriele Albrecht-Thum im Gespräch mit den Mitgliedern der Tarifkommission bfz
- 5 **Volkshochschule und Demokratie**
von Josef Mikschl
- 8 **Bildungsurlaub in Bayern**
von Uwe Roßbach
- 10 **Eine neue Lernkultur in Unternehmen – lernförderliche Gestaltung von Arbeit**
Gerhard Endres im Gespräch mit Prof. Dr. Fritz Böhle

Was es sonst noch gibt

- 12 **Lobbyismus und Demokratie in der Corona-Krise**
von Timo Lange
- 14 **Hürden beim digitalen Unterricht – für Neuzugewanderte nicht zu überwinden**
von Dr. Doris Weber
- 16 **Unbegleitete minderjährige Geflüchtete in Griechenland Refugees von der Solidarität ausgeschlossen?**
von Wolfgang Häberle
- 17 **Betriebsratssitzungen als Telefon- oder Videokonferenz**
von Dorothea Weniger

Rubriken

- 18 **Geburtstage und Jubiläen**
- 20 **Kontakte**

Liebe Leserinnen und Leser,

die DDS-Redaktion verabschiedet sich in die Sommerpause. Unsere nächste Ausgabe erscheint im September. Wir wünschen allen eine gute Zeit und möglichst wenig Stress. Und bleibt vor allem gesund!

Die Redaktion

Hinweis der Rechtsstelle

ARBEITSRECHT/SOZIALRECHT/BEAMTENRECHT

Bei Rechtsstreitigkeiten/gerichtlichen Verfahren ist für GEW-Mitglieder die Landesrechtsstelle erste Anlaufstelle. Unbedingt vor Beauftragung eines Rechtsanwalts gewerkschaftlichen Rechtsschutz beantragen!

Telefonische Sprechzeiten der GEW-Rechtsstelle mit Beratung für GEW-Mitglieder:

Mo und Do von 13.00 - 16.00 Uhr • Tel.: 089 54379959

Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!

Aktuelle Mitgliedsdaten melden

Deine Mitgliedsdaten (Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle ...) haben sich geändert? Dann kannst du diese online unter gew-bayern.de/anmeldung selbst aktualisieren. Dort findest du auch deine Beitragsbescheinigung für das Finanzamt. Du kannst deine Änderungsmitteilungen aber auch weiterhin postalisch an die Geschäftsstelle der GEW Bayern senden oder dich per E-Mail an die GEW-Mitgliederverwaltung wenden: mitgliederverwaltung@gew-bayern.de. Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Der Rechtsschutz wird nur gewährt, wenn der satzungsgemäße Beitrag entrichtet wurde.



Erwachsene bilden

– laut Kultusminister Piazzolo ist die Erwachsenenbildung ein »entscheidender Baustein im Prozess des lebenslangen Lernens«. Doch steht dieser nicht erst seit der Coronapandemie auf marodem Fundament. Erwachsenenbildner*innen sind in der Regel schlecht bezahlte Honorarkräfte ohne jegliche Absicherung. Mit der Schließung der Einrichtungen am 16. März brachen ihre Honorare weg, die Fixkosten wie Miete, Lebensunterhalt und Versicherungen blieben.

Unter die Rettungsschirme, die Bund und Länder in den letzten Monaten aufspannten, konnten Dozent*innen bislang kaum schlüpfen. Nur die Lehrkräfte, die in Kursen arbeiten, die durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge oder die Arbeitsagenturen und Jobcenter finanziert werden, konnten seit April auf Geld vom Staat hoffen. Für viele blieb es bei der Hoffnung, denn die Bildungsträger entscheiden, ob sie die Honorare weiterzahlen. Bis Mitte Juni war die Bereitschaft dazu gering.

Am 26. Mai dann ein Licht am Horizont: Markus Söder verkündet einen 30-Millionen-Euro-Rettungsschirm für Soloselbständige und für Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Auch die GEW Bayern forderte einen solchen. Jedoch gibt es auch dazu bisher mehr Fragen als Antworten: Welche Bedingungen müssen Dozent*innen erfüllen, um Hilfgelder zu erhalten? Wo und in welcher Form können sie diese beantragen?

Auf unsere Anfrage hin antwortete der stellvertretende Pressesprecher des Kultusministers: »Das Staatsministerium entwickelt aktuell in Abstimmung mit den beteiligten Ressorts und den Dachverbänden der Förderempfänger die Verteilungsgrundsätze und alle relevanten Verfahrensfragen. Ziel ist, die Unterstützung möglichst zeitnah und unbürokratisch den anspruchsberechtigten Einrichtungen sowie Dozenten zukommen zu lassen. »Zeitnah« ist für die Betroffenen, die seit drei Monaten ohne Einkünfte sind, ein sehr relativer Begriff.

Infos dazu findet ihr auf unserer Homepage: gew-bayern.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/infor

Dorothea Weniger

Impressum:

DDS • Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern
Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 089 5440810
E-Mail: info@gew-bayern.de • gew-bayern.de • [facebook.com/GEWBayern/](https://www.facebook.com/GEWBayern/)
Redaktionsleiterin: Dorothea Weniger, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
E-Mail: dorothea.weniger@gew-bayern.de

Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Verena Escherich, Wolfgang Häberle, Hannes Henjes, Karin Just, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Magnus Treiber, Christl Wagner, Wolfram Witte
Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis: (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: Robert Michel
Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎ 089 5029994

Anzeigenannahme: nur über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München
☎ 089 5029994, E-Mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 14 vom 1.1.2017 gültig.

Mit Namen oder Namenskennzeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden Verfasser*innen dar und bedeuten nicht ohne Weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21 EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zuzüglich Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.
Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.
Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonats.

Wir müssen den Druck gegen skandalöse Tarifflicht erhöhen!

Im größten bayerischen Bildungsträger in der Weiterbildung (bfz) und in der gfi¹ arbeiten die Beschäftigten ohne Tarifvertrag. Die GEW möchte dies schon lange ändern. Aufgrund der Corona-Pandemie wurden nun vor wenigen Wochen die Bildungsveranstaltungen mit Präsenz generell verboten. Daraufhin sollte dort, wo es erheblichen Arbeitsausfall und keine anderen Beschäftigungsmöglichkeiten gab, Kurzarbeit auf der Grundlage eines befristeten Tarifvertrages vereinbart werden. Doch der Arbeitgeber ließ die Verhandlungen platzen. Gabriele Albrecht-Thum, GEW-Gewerkschaftssekretärin für den Bereich Weiterbildung, sprach mit den Mitgliedern der Tarifkommission bfz über die aktuelle Situation.

Gabriele: Ihr arbeitet beim bfz/gfi ohne Tarifvertrag. Wie wirkt sich das aus?

Kristin: Trotz vieler Jahre Berufstätigkeit und viel Erfahrung arbeite ich immer noch zum Mindestlohn. Ich leiste auch Überstunden, die der Arbeitgeber aber schlicht und ergreifend verleugnet. Eine Tarifbindung würde demgegenüber für deutlich bessere und fairere Einkommens- und Arbeitsbedingungen sorgen und mehr Sicherheit geben. Deshalb ist ein Tarifvertrag mein Ziel!

Patricia: Da kann ich nur zustimmen. Mit einem bfz- oder gfi-Gehalt kann man sich nur einen niedrigen Lebensstandard leisten. Mit Familie mit Kindern wird es richtig knapp. Nur ein angemessenes Gehalt ermöglicht ein sorgenfreieres Leben und eine gute Gesundheit.

Frieder: Das Schlimme ist, dass es schon mal besser war. Meine Frau arbeitet seit acht Jahren als Sozialpädagogin im öffentlichen Dienst. War 2012 unser beider Gehalt noch nahezu identisch, ergibt sich 2020 eine Bruttodifferenz von ca. 800 Euro, die meine Frau mehr verdient.

Patricia: Gleichzeitig nimmt die Arbeitsbelastung ständig zu. Früher waren die Anforderun-

gen dem Gehalt angemessen. Inzwischen ist das, was von den Mitarbeitern verlangt wird, kaum noch zu bewältigen.

Martin: Mir geht es auch um die Existenzsicherung! Ich möchte nicht in Panik ausbrechen, wenn die Waschmaschine ein »komisches« Geräusch von sich gibt oder das Auto kaputtgeht. Ohne Tarifvertrag verschärften sich aber auch die Ungerechtigkeiten. Kollegen, die z. B. einen »alten« Arbeitsvertrag haben, bekommen noch ein 13. Monatsgehalt und zusätzlich zum Urlaub vier Verfügungstage. Andere, die noch nach Manteltarifvertrag arbeiten, haben vier Wochen Kündigungsfrist. Jetzt, nach der Kündigung des Manteltarifvertrags, sind es acht Wochen. Findet man eine bessere Stelle, kann dies zum Verhängnis werden.

Veronika: Es ist nicht neu, dass die zunehmende Tarifflicht es Unternehmen ermöglichte, Beschäftigte in prekären Arbeitssituationen arbeiten zu lassen. Gesamtgesellschaftlich wird damit gerade der Rückschritt in die Zustände des 19. Jahrhunderts vollzogen. Die Arbeitgeber



Foto: imago images / Christian Mang

¹ Berufliche Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft gGmbH (bfz) und Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration gGmbH (gfi)



Kristin Gehrt-Bisch arbeitet seit September 2011 bei der gfi als Sozialpädagogin in der Berufseinstiegsbegleitung. Seit 2014 GEW-Mitglied, Betriebsrätin und Gesamtbetriebsrätin, seit 2017 freigestellt und in der Tarifkommission.



Patricia Bauer arbeitet seit 1991 beim bfg, zu etwa einem Drittel als Lehrkraft in der Berufsorientierung. Zu zwei Dritteln arbeitet sie als Mitglied des Gesamtbetriebsrats und Betriebsrats und seit 2009 in der Tarifkommission, 2008 trat sie in die GEW ein.



Veronika Lackerbauer begann als Freiberuflerin beim bfg, seit 2016 ist sie Teilzeitangestellte, seit 2018 unbefristet. Lehrkraft im Migrationsbereich mit Jugendlichen, in der Erwachsenenbildung und in der Jugendhilfe. Seit 2018 GEW-Mitglied und seit Kurzem im Vorstand des GEW-Kreisverbands Landshut.



Martin Prottegeier kam 2002 als sogenannter Quereinsteiger zum bfg. Er hat dort schon fast alles gemacht, auch sozialpädagogische Arbeiten. Seit 2006 Mitglied des Betriebsrats, seit 2010 Betriebsratsvorsitzender, seit 2015 freigestellt, und Mitglied im Gesamtbetriebsrat, seit 2015 in der Tarifkommission.

sollten aber wissen, dass diese Zustände die Arbeiterbewegung auslösten.

Gabriele: Welche Vorteile erwartet ihr von einem Tarifvertrag?

Kristin: Ein Tarifvertrag sichert humane Mindeststandards. Und für mich besonders wichtig: Ein Entgelttarifvertrag beugt der Altersarmut vor, die ohne Tarifvertrag wohl fast allen Kollegen in unserer Branche droht, da wir überwiegend nur Mindestlohn verdienen.

Patricia: Richtig! Ein angemessenes Gehalt sollte nicht vom Verhandlungsgeschick des Einzelnen oder vom »Entgegenkommen« oder persönlichen »Draht« zum Standortleiter abhängig sein. »Wertschätzung«, von der alle reden, drückt sich in erster Linie in der Entlohnung aus!

Veronika: Genau. Die Gründung eines Betriebsrats ist angesichts dieser Lage nur der erste Schritt. Der zweite, logische sind Verhandlungen zu einem Mantel- und Entgelttarif.

Martin: Ich meine, dass ein Tarifvertrag sogar dem Arbeitgeber nützen würde. Das bfg als größter bayerischer Bildungsträger hat zwischenzeitlich Probleme, qualifizierte Kollegen zu finden. Könnte das Unternehmen einen Tarifvertrag vorweisen, hätte es ein super Marketinginstrument in der Hand. Man muss es nur wollen!

Gabriele: Die Bemühungen um einen Entgelttarifvertrag dauern nun schon sehr lange – wie kann die Forderung mehr Fahrt aufnehmen?

Frieder: Damit unsere Forderungen endlich gehört werden, müssen wir unser Anliegen auch in die Öffentlichkeit tragen. Das haben die Erfolge anderer

Branchen gezeigt. Ich versuche auch, die Kollegen davon zu überzeugen, GEW-Mitglied zu werden, um auch Aktionen an den diversen Standorten in Angriff nehmen zu können.

Kristin: Ja, wir brauchen mehr Gewerkschaftsmitglieder, um unsere berechtigten Forderungen durchsetzen zu können! Mein Motto ist da: »Allein ist man vielleicht stark, aber gemeinsam ist man unschlagbar.« Natürlich kläre ich als Betriebsrätin und Vertrauensperson der GEW im Betrieb die Kollegen über Tarifpolitik auf und sage ihnen, wie wichtig die Gewerkschaft und ihre Arbeit für Arbeitnehmer ist, denn nur die Gewerkschaft als Tarifpartner kann einen Tarifvertrag aushandeln.

Martin: Wir brauchen auch Kollegen mit guten Arbeitsbedingungen in der Gewerkschaft, denn die haben dann auch mehr Zeit, sich zu kümmern. Wir brauchen die Einsicht, dass es völlig normal ist, Mitglied in einer Gewerkschaft zu sein oder den Arbeitskampf in den Blick zu nehmen. Auf dem Verhandlungsweg allein werden wir wohl nichts erreichen, wie die jüngsten Verhandlungen zum Tarifvertrag »Kurzarbeit« gezeigt haben.

Gabriele: Gutes Stichwort. Was sagt ihr zum Scheitern der Verhandlungen für einen Tarifvertrag »Kurzarbeit« im Zuge der Corona-Pandemie?

Martin: Die Verhandlungsphase war purer Stress für die beteiligten Gremien an den einzelnen Standorten. Es gab Druck von allen Seiten, was auch für mich persönlich sehr belastend war.

Patricia: Wirkliche Zusammenarbeit und Verhandlungsbereitschaft konnte und kann ich auch gar nicht erkennen. Die Verhandlungslinie seitens der Ge-



Frieder Möller stieg 1989 als Praktikant beim bfg ein. Danach war er freiberuflicher Referent, seit 1993 arbeitet er mit Arbeitsvertrag in der Erwachsenenbildung und im Jugendbereich in diversen Maßnahmen. Seit 1996 Mitglied des Betriebsrats, seit 2003 Schwerbehindertenvertreter, GEW-Vertrauensperson und in der Tarifkommission für berufliche Fortbildungszentren.

schäftsführung entsprach eher dem Prinzip: Akzeptiere das Angebot so, wie ich es vorgebe, oder es gibt gar nichts.

Veronika: Die Verhandlungen zeigten deutlich, wo die Schwachstellen liegen. Die Geschäftsführung ist freiwillig nicht bereit, Zugeständnisse zu machen, und der Druck, den die GEW ausüben kann, ist zu gering. Dazu kommt, dass selbst unter den organisierten Kolleginnen und Kollegen viele der Ansicht sind, Druck auf den Arbeitgeber auszuüben, sei unrechtmäßig und irgendwie »pfui«. Sie haben das Prinzip dieser Verhandlungen nicht verstanden.

Frieder: Ich war sehr enttäuscht und habe es nicht verstanden, welche Gründe es für die Geschäftsleitung gab, den Verhandlungsstand nicht zu tarifieren. Die Geschäftsleitung hat die Chance vertan, sich hier als verantwortungsbewusster Sozialpartner zu präsentieren.

Volkshochschule und Demokratie



Im vergangenen Jahr feierten die Volkshochschulen in Deutschland ihr hundertjähriges Bestehen. Dem symbolträchtigen Festakt in der Frankfurter Paulskirche, dem Ort des ersten gesamtdeutschen Parlaments, folgten landauf, landab an den Standorten der 890 Volkshochschulen lokale Feiern und Veranstaltungen. Anlass für einen kritischen Blick auf die Verbindung von Volkshochschule und Demokratie in Geschichte und Gegenwart.

Das Jubiläum geht zurück auf die Weimarer Verfassung von 1919. In Art. 148 wurden das Reich, Länder und Gemeinden verpflichtet, das Volkswesen zu fördern. Mit der Weimarer Verfassung machte der Staat erstmalig deutlich, dass er Verantwortung nicht nur für die Schule, sondern

auch für die Erwachsenenbildung übernimmt. Damit setzte eine Welle von Volkshochschulgründungen ein. Volkshochschulen (VHS) wurden zu einem Bestandteil des öffentlichen Bildungssystems im ersten demokratisch verfassten Staatswesen auf deutschem Boden.

Diese Verbindung von Demokratie und Volkshochschulen zog sich wie ein roter Faden durch die Grußworte der öffentlichen Laudator*innen von Bund, Ländern und Städten: Die Volkshochschulen seien Orte des demokratischen Lernens, des Abbaus von Bildungsbarrieren, der Chancengerechtigkeit, der Begegnung und des respektvollen Austauschs. Die Arbeit der Volkshochschule sei daher heute ebenso aktuell und von großer Bedeutung für die Demokratie wie vor 100 Jahren.

Volkshochschule und Demokratie in der Weimarer Republik

Ein wesentliches Motiv für die in der Verfassung der Weimarer Republik in Art. 148 garantierte staatliche Förderung der Volkshochschulen war die Einsicht, dass dem ersten deutschen demokratischen Staat ein demokratisch gebildetes Staatsvolk fehlte. »Volkbildung durch Volksbildung« wurde so zum Leitspruch der Volkshochschulbewegung.

Lehren und Lernen sollten in einer »Arbeitsgemeinschaft« erfolgen, ein einerseits fortschrittliches pädagogisches Konzept, das die Grundlage noch heute gültiger Prinzipien der Erwachsenenbildung darstellt: Teilneh-

mer*innenorientierung anstelle von Erziehung, exemplarisches Lernen anstelle von unverbundenem Fachwissen. Andererseits war dies auch der Boden für eine bildungsidealistische Überhöhung. Die »Arbeitsgemeinschaft« von Lehrenden und Lernenden wurde zum Modell der Gesellschaft und Volksbildung als Instrument der Versöhnung der Interessengegensätze stilisiert.

Die Volkshochschulen der Weimarer Republik waren keineswegs einheitlich. Neben einer konservativen nationalen Richtung, der vor allem kirchlich nahestehende sowie auch völkisch-reaktionäre Einrichtungen angehörten, gab es eine liberal-demokratische und eine sozialdemokratisch-republikanische bzw. sozialistisch-demokratische Richtung.

Im Gegensatz zum Typ der Volkshochschule/Heimvolkshochschule »als Ort der Distanz gegenüber dem alltäglichen, beruflichen und gesellschaftlichen Leben« sollten in den der Arbeiterbewegung nahestehenden Volkshochschulen die Erfahrungen in der gewerkschaftlichen und politischen Organisation in den Unterricht integriert werden »mit dem Ziel, den Teilnehmenden ein »Rüstzeug« für den gesellschaftlichen Klassenkampf zu geben.«¹ Diese Volkshochschulen wie auch die Volkshochschulen der liberal-demokratischen Richtung nahmen Partei für die Demokratie.

»Rote Bildungsbetriebe« im Visier

Eine Vorreiterrolle kam in Bayern der VHS Nürnberg zu. Ihr erster Leiter, der dem Bund Entschiedener Schulreformer angehörende Prof. Dr. Hermann Baeye, plädierte für ein neues Bildungsideal: Die »Erziehung zur Demokratie und zum Gemeinsinn« verlange nicht nur eine »systematische Behandlung gesellschaftlicher Probleme«, sondern erfordere auch sozialpädagogische Interventionen. Mit dem Aufbau eines jugendpsychologischen Instituts 1921 ging Baeye neue Wege einer modernen VHS-Arbeit für die unter den Kriegsfolgen leidenden Jugendlichen. Diese Bildungsarbeit bewährte sich insbesondere in der Weltwirtschaftskrise. So baute

der nachfolgende Leiter Prof. Dr. Eberhard Brenner die Erwerbslosenarbeit u. a. durch Tageskurse erheblich aus. Im 1. Wintersemester 1931 wurden unter 4.751 Belegungen 971 mit Freikarten für Erwerbslose ausgewiesen. 1932 betrug die Zahl der Belegungen in der Erwerbslosenarbeit 2.400. Darunter viele Sprach- und Kunstkurse, aber auch Kursreihen der politischen Bildung: »Wege der Völker aus der Krise« und »Umstrittene Probleme«.²

Trotz solcher Erfolge standen diese Volkshochschulen früh im Kreuzfeuer von Kampagnen gegen sogenannte »Rote Bildungsbetriebe«³ und es verwundert nicht, dass nicht wenige ihrer Leiter*innen die ersten waren, die beginnend mit der in Sachsen, Thüringen und Oldenburg bereits 1933 vollzogenen Machtteilnahme der Nationalsozialist*innen entlassen und verfolgt wurden bzw. sich durch Flucht retten mussten. Abseits der von einer starken Arbeiterbewegung geprägten großstädtischen Volkshochschulen wie in Berlin, Breslau, Dresden, Essen, Hamburg, Hannover, Kiel, Köln, Leipzig, Lübeck und Nürnberg dominierte das vorgeblich neutrale und national orientierte Konzept der Volkshochschule als Neugeburt der »Volksgemeinschaft«. So plädierte einer ihrer einflussreichen Theoretiker, der spätere Hamburger Pädagogikprofessor Wilhelm Flitner, auf einer Tagung des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen noch 1928 für Neutralität, Objektivität und Offenheit einer zweckfrei agierenden Volkshochschule.

Diese Haltung trug mit dazu bei, dass ein großer Teil der Volkshochschulen auf die zunehmende Rechtsentwicklung im Reich mit Entpolitisierung oder Anpassung reagierte. Die Anpassung manifestierte sich 1928 mit der Übernahme des Freiwilligen Arbeitsdienstes (FAD) durch das Volkswirtschaftswesen, womit es in die Nähe der nationalsozialistischen Ideologie von Volk und Volkstum geriet. Aus der Erwachsenenbildung wurde im NS-

Staat Erziehung zur nationalsozialistischen Ideologie. Die Volkshochschulen wurden gleichgeschaltet, aufgelöst oder umbenannt und schließlich dem Reichsschulungsamt der NSDAP in der Deutschen Arbeitsfront als »Deutsches Volksbildungswerk« unterstellt.

Aus der Geschichte gelernt?

Welche Lehren sollten die »Töchter der Demokratie«, wie sich die Volkshochschulen in ihrer aktuellen Weimarer Erklärung heute stolz nennen, aus der Geschichte und ihren eigenen Kinderkrankheiten ziehen?

Berlin ist nicht Weimar. Demokratische Regierungen haben heute andere Legitimationsprobleme. Claus Offe analysiert sie »als doppelte Lücke demokratischer Kontrolle«: »Die Regierungen haben dabei die Kontrolle über die globalisierten internationalen (Finanz-) Märkte verloren und die Bürger/innen das Vertrauen in die Idee der demokratischen Kontrolle der Regierungen und ihrer Politik.«⁴ Oskar Negt sieht in der Folge eine sich abzeichnende Dreiteilung der Gesellschaft: Ein Drittel ist zufrieden, integriert und übt politische Partizipation aus. Das zweite Drittel lebt in prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen. Das dritte Drittel besteht aus einer »wachsenden Armee dauerhaft Überflüssiger«. Diese Polarisierung sorge dafür, »dass der gesellschaftliche Angstrohstoff beständig wächst und demokratische Strukturen infrage stellt.«⁵ Bindungen und Vertrauensverhältnisse erodieren und Rechtsradikale stehen bereit, die Vertrauenslücken zu füllen. Und das mit Erfolg: Autoritäre Denkmuster sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Demokratie ist also wieder einmal in Gefahr und sie ist offenbar mit ihren nicht eingelösten Versprechen selbst Teil des Problems geworden.

Welchen Beitrag sollte die Erwachsenenbildung in dieser Bedrohungslage leisten? Die Volkshochschulen geben in ihrer Weimarer Erklärung vom Mai 2019 darauf eine programmatische Antwort!

Ihr Kern lässt sich so zusammenfas-

1 J. Wollenberg: »Republik, das ist schon viel ...« In: G. Radbruch und die Kieler Volkshochschule: Gedenkschrift zum 70-jährigen Bestehen der Volkshochschule der Landeshauptstadt. VHS der LH Kiel (Hg.), Kiel 1990, S. 70

2 zu VHS Nürnberg siehe J. Wollenberg: Mehr Demokratie wagen ...

3 So notiert ein Bericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth 1926 zu dem Kurs »Die Kulturpolitik Sowjetrusslands«: »Der Saal war vollbesetzt. Die auf reservierten Plätzen verstaute Intelligenz, darunter ziemlich viele Juden, sowie die als Füllsel auf Empore, Seiten- und rückwärtigen Plätzen zu ermäßigten Preisen gruppierten mehr proletarischen Kreise, darunter zahlreiche Kommunisten spendeten reichlich Beifall.« Zitiert nach J. Wollenberg: Mehr Demokratie wagen ..., S. 52

4 Offe, zitiert nach B. Widmaier, in: Handbuch Politische Erwachsenenbildung, S. 128

5 O. Negt: Versuch einer Ortsbestimmung der politischen Bildung. In: Handbuch Politische Bildung, S. 17

sen: Die Bürger*innen reagieren auf die Komplexität der gesellschaftlichen Realität mit Verunsicherung und Ängsten. Populist*innen bieten einfache Lösungen an. Die Volkshochschulen helfen den Menschen, »den Durchblick zu behalten und ihr Leben eigenverantwortlich und sinnvoll zu gestalten«, sie stärken damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt, vermitteln neue Fähigkeiten und tragen so zu Bildungsgerechtigkeit, Chancengleichheit und zur Stärkung der Demokratie bei.⁶

Diese Problembeschreibung beschränkt sich auf nur eine Seite des »doppelten Kontrollverlustes«, den der Bürgerinnen und Bürger. Das Kontrolldefizit der demokratischen Regierungen wird nicht angesprochen. Das eigentliche politische und soziale Problem wird so zu einem Vermittlungsproblem umdefiniert. Ebenso unkritisch ist die Einschätzung der Digitalisierung in der Weimarer Erklärung. Es heißt: Sie »vergrößert die Partizipationsmöglichkeiten in ungeahnter Weise.« Es folgt das Angebot, mit niedrigschwelligen Kursen der Volkshochschulen dafür zu sorgen, dass auch die von dieser Entwicklung potenziell abgehängten Menschen mit »digitaler Kompetenz« versorgt werden, um so die soziale Spaltung zu verhindern.

Unstrittig wohnt der Digitalisierung ein Potenzial der Humanisierung inne, das der Schaffung anspruchsvoller und lernförderlicher Arbeit dienlich sein kann. Von oben als Instrument von Rationalisierung und Profitmaximierung gesteuert, vergrößert sie jedoch das Heer der Überflüssigen, schafft den »gläsernen Arbeitnehmer«, intensiviert die Ausbeutung und fördert staatliche Überwachung und Bevormundung.⁷

Die Menschen für die Wettbewerbsgesellschaft fit zu machen und ihnen »digitale Kompetenz« zu vermitteln, reicht nicht aus. Das Leitbild der Volkshochschulen in der Weimarer Erklärung ist weniger der*die solidarische und konfliktfähige, kritische Bürger*in, der*die den Anspruch auf Demokratisierung gesellschaftlicher Herrschaft aufrechterhält. Vielmehr herrscht ein anderes Leitbild vor: »Das unterneh-

merische, eigenverantwortliche Selbst scheint in einer (vermeintlich) entpolitisierten Zivilgesellschaft ein passendes Leitbild spätmoderner Selbst-Bildung, das erfolgreich die gesellschaftlichen Verhältnisse reproduziert.«⁸

Fazit und Ausblick

Es ist gut, wenn die Volkshochschulen sich zum Streit für die Demokratie gegen populistische, rassistische und antidemokratische Tendenzen bereit erklären. Die Lage erfordert aber darüber hinaus ebenso, illegitime Machtstrukturen in den demokratischen Regierungen und Gesellschaften in den Blick zu nehmen und der Frage nachzugehen, wann das Reden von Mündigkeit und Eigenverantwortung in neue »Herrschaftstechniken der Selbstregierung« umschlägt.⁹ Bildung mit der Perspektive von Selbstentfaltung ist gebunden an »Verfügungserweiterung, an die Gewinnung von Souveränität für das eigene Leben, auch im Kontext von Arbeit« und insofern »bleibt Kern von Bildung die Aufklärung und der Widerstand gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Verdummung.«¹⁰ Damit stünden die Volkshochschulen in der Tradition derjenigen Gründungsväter und -mütter, die konsequent für die Republik und eine soziale Demokratie eingetreten sind.

Dazu bedarf es vor allem einer Wen-

de in der Haltung gegenüber der politischen Bildung, wie Klaus-Peter Hufer sie fordert: »Volkshochschulen müssen sich gestatten bzw. es muss ihnen gestattet sein, Veranstaltungen anzubieten, die nicht unter dem Diktat des üblich gewordenen Kostendeckungsgrads stehen. Ich meine da insbesondere Veranstaltungen zur politischen Bildung, zur Integration und Inklusion ...«¹¹

Die Volkshochschulen haben in der Nachkriegszeit bis heute eine Reihe von Entwicklungsphasen durchlaufen, die Bezeichnungen wie »realistische Wende« und »reflexive Wende« erhalten haben. Hufer verweist darauf, dass »neuerlich ... wieder eine kritische und emanzipatorische politische Erwachsenenbildung eingefordert wird.« Gern schließt sich der Verfasser seiner verhaltenen Hoffnung an: »Damit ist nicht ausgeschlossen, dass es wieder eine Wende in der Erwachsenenbildung gibt: eine kritische Wende!«¹²

Die GEW wird auf diesem Weg weiter ein engagierter, verlässlicher, aber auch kritischer Partner der Volkshochschulen und ihrer Verbände bleiben.

von Josef Mikschl

Vorsitzender der Fachgruppe
Erwachsenenbildung, GEW
Schleswig-Holstein

Kontakt: jgmikschl@ki.tng.de



8 A. Eis: Emanzipation und Ideengeschichte: Das ungelöste Versprechen der Demokratie. In: Handbuch Politische Bildung, S. 117
9 A. Eis, a. a. O., S. 119
10 P. Faulstich: Das Politische in der Bildung. In: Handbuch Politische Bildung, S. 60

11 K.-P. Hufer: Die Volkshochschule: seit 100 Jahren Arbeit für Bildung und Demokratie; unveröffentlichtes Manuskript, 2019
12 K.-P. Hufer: Politische Erwachsenenbildung – zur Geschichte ihrer Ideen und Konjunkturen nach 1945. In: Handbuch Politische Bildung, S. 39 f.

6 Deutscher Volkshochschulverband: Die Weimarer Erklärung. zusammenleben. zusammenhalten. Download: vhs-sachsen.de
7 O. Suchy: Arbeit 4.0. Digitalisierung und die Arbeit der Zukunft; https://www.zewk.tu-berlin.de/fileadmin/f12/Downloads/koop/Themenforen_SoSe_2017/170331_SUCHY_Digitalisierung-der-Arbeitswelt.pdf

Anzeige





Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, ein erstklassiges Krisenmanagement, kreative Förderung ihres Potentials, viele erlebnisintensive Erfahrungen und erfreuliche Rahmenbedingungen (moderne Einzelzimmer, Genießerrküche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste, psychosomatische Erkrankungen.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221 / 39 39 30

Gunzenbachstr. 8
76530 **Baden-Baden**

www.leisberg-klinik.de

Bildungsurlaub in Bayern



Foto: imago images / Winfried Rothermel

Für einen Außenstehenden ist es erst einmal nicht leicht, die Erwachsenenbildung Bayerns einzuschätzen. Immerhin besitzt das Land mit München eine der größten Volkshochschulen der Welt. Gleichzeitig existiert eine Dominanz von kirchlichen und »bäuerlichen« Trägern. Doch bei der Frage nach einem wie in fast allen anderen Bundesländern üblichen, gesetzlich verankerten Bildungsurlaub wird klar: Bayern geht hier einen bedenklichen, interessengeleiteten Sonderweg.

Der Freistaat Bayern besitzt, wahrscheinlich noch aus dem Reformabsolutismus herrührend, eine starke Landesverwaltung mit einer für Deutschland ausgesprochen soliden Finanzstärke. Beides spiegelt sich auch in der Erwachsenenbildung wider. Zum einen in einer detaillierten Statistik, zum anderen in einer ausgesprochen marginalen öffentlichen Finanzierung durch das Ministerium. Betrachtet man den letzten statistischen Bericht von 2017, so stehen einem Wirtschaftsvolumen der durch den Freistaat geförderten Einrichtungen im Umfang von

310 Mio. Euro nur knapp 23 Mio. Euro an freistaatlicher Förderung nach dem Bayerischen Erwachsenenbildungsförderungsgesetz (BayEbFöG) gegenüber. Bei etwa 11 Mio. Erwachsenen sind das zwei Euro pro Kopf oder etwas mehr als fünf Euro pro Teilnehmendem. Dem stehen 112 Mio. Euro Teilnehmendengebühren gegenüber. Sicherlich, anders als in anderen Bundesländern sind Städte, Gemeinden und Landkreise in der Förderung der anerkannten Erwachsenenbildung finanziell engagiert, aber bezogen auf das Land ist das schon ausgesprochen sparsam, trotz der Steigerung nach der Novelle des BayEbFöG 2018 um 3 Mio. auf 26 Mio. Euro.

Gute Gründe für einen Bildungsurlaub

Bundesweites Alleinstellungsmerkmal ist darüber hinaus das Fehlen eines Bildungsfreistellungsgesetzes. Nun ja, alleine steht Bayern nicht: Sachsen hat seit der Landesgründung 1990 ebenfalls auf die Verabschiedung eines solchen Gesetzes bewusst verzichtet.

In den Siebzigerjahren des vergan-

genen Jahrhunderts wurden Bildungsurlaubsgesetze erstmals in Deutschland verabschiedet. Sie waren Teil sozialliberaler Bildungsreformpolitik und griffen internationale Vereinbarungen im Bereich der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) auf. Bildungsfreistellung bzw. -urlaub hatte zwei zentrale Motive: Einmal wurde festgestellt, dass das demokratische Gemeinwesen die Teilhabe auch jener Bürger*innen, deren Zeitbudgets durch ausgedehnte Arbeitszeiten beschränkt waren, benötigt. Zum anderen: Politische Beteiligung setzt Bildung voraus. Bildung, die politische Kompetenzen vermittelt. Bildungsfreistellung sollte beides ermöglichen: bezahlte Freistellung von Erwerbsarbeit und Teilnahme an gesellschaftspolitischen Bildungsveranstaltungen.

Politisch und wirtschaftlich motivierte Gegenwehr

Diejenigen politischen Kräfte, die sich diesem Anliegen verweigern, sind leicht ausgemacht. Damals in den

Siebzigern wie heute sind es die wirtschaftlichen und politischen Gruppen, die einerseits ihre unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen bedroht sehen und die andererseits an einer stärkeren Demokratisierung der Gesellschaft kein Interesse haben. Für die einen hat Demokratie außerhalb von Parlamenten, gar im Betrieb, nichts zu suchen. Und schon gar nicht sollte sie auch noch von Arbeitgebern bezahlt werden müssen. Für die anderen bedeutet Demokratie und Demokratisierung eine Bedrohung des Monopols der Parteien auf dem politischen Feld.

Erwachsenenbildung im Wandel

Die Realität der Bildungsfreistellung hat sich allerdings in den letzten 50 Jahren stark verändert: Gesellschaftspolitische Bildung wurde zugunsten der beruflichen Fortbildung zunehmend an den Rand gedrängt. Der gesellschaftspolitische Bezug hat sich zudem weit ausdifferenziert. Von einer ehemals stark interessenbezogenen Bildung, für die sich vor allem die Gewerkschaften stark machten, hat sich mittlerweile die Palette der nachgefragten Angebote immer stärker in Richtung soziokultureller Inhalte gewandelt. Verbunden damit ist wohl auch eine stärkere Individualisierung der Teilnehmenden und ihrer Motive. Nicht zuletzt drückt sich dies darin aus, dass das ehemals kompensatorische Moment der Bildungsurlaubsmaßnahmen – Bildungsbenachteiligten handlungsorientiertes Wissen zu vermitteln, um sie zum kollektiven Interessenhandeln zu qualifizieren –

mittlerweile zugunsten klassisch bildungsbürgerlicher Beweggründe zurückgetreten ist. Das bildet sich auch in der Sozialstruktur der Teilnehmenden ab. Bildungsurlaub ist immer mehr zu einer Mittelschichtsangelegenheit geworden, zumindest dort, wo er nicht aktiv von Gewerkschaften und politischen Gruppen zur politischen Orientierung mitgenutzt wird.

Auch Bayern braucht ein Bildungsurlaubs-gesetz

Umso verwunderlicher ist es, dass heutzutage immer noch die politisch konservativsten Bundesländer Sachsen und Bayern sich einer Bildungsurlaubs-gesetzgebung verweigern. Wahrscheinlich ist der Druck der organisierten wirtschaftlichen Interessen – der Kammern, Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände – zu groß, politisch-programmatisch zu nah und einflussreich. Fünf Tage Lohnersatzleistungen, die heutzutage in Bildungsfreistellungsgesetzen üblich sind, sind auch in wirtschaftlich schwächeren Bundesländern immer als der Untergang des Abendlands und natürlich als Bürokratiemonster verschrien worden, ohne dass nachfolgend irgendetwas in dieser Richtung eingetreten ist. Auf der anderen Seite ist doch offensichtlich, dass gesellschaftspolitische Herausforderungen wie Digitalisierung, Klimawandel, Rechtspopulismus usw. geradezu danach schreien, sich in Formaten des Bildungsurlaubs wiederfinden zu können. Zumal die Angebotslandschaft Bayerns zunächst nicht den Eindruck erweckt, dass von hier eine Gefährdung

der derzeitigen Hegemonialkonstellation zu erwarten ist. Es geht also nur um Bürger*innenrechte, die woanders bereits existieren, die den Bayer*innen aber seit 50 Jahren verweigert werden. Andererseits fehlt offensichtlich der politischen Bildung in Bayern überall die notwendige Aufmerksamkeit. Liegt doch der Freistaat im Bielefelder Ranking (für die Gymnasien) auf dem letzten Platz, wie Mahir Gökbudak und Reinhold Hedtke jüngst erst darlegten.¹

Wenn schon im bayerischen Gymnasium, dem »BMW der Schule«, wie man es anderen Bundesländern immer gerne vorhält, nicht viel politische Bildung läuft, dann ist die Erwachsenenbildung herausgefordert, hier kompensatorisch zu wirken. Quasi als politische Alphabetisierung. Und Bildungsurlaub kann hier ein zusätzliches Format sein. Die bieder staatsbürgerliche Bildung, für die auch der Bildungsminister als Person und die Landeszentrale und Akademien stehen, braucht sicherlich frischen Wind. Wind, der auch aus anderen als der bisherigen Richtung kommen muss.

von
Uwe Roßbach
Geschäftsführer von
Arbeit und Leben
in Thüringen



1 pub.uni-bielefeld.de/download/2941780/2943402.pdf



SPENDEN SIE ZUVERSICHT IN BANGEN MOMENTEN

IHRE SPENDE RETTET LEBEN: 30 Euro kostet das sterile Material für drei Geburten. Ohne dieses erleiden Frauen häufig lebensbedrohliche Infektionen.

Private Spender*innen ermöglichen unsere unabhängige Hilfe – jede Spende macht uns stark!



Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE 72 3702 0500 0009 7097 00
BIC: BFSWDE33XXX

www.aerzte-ohne-grenzen.de/spenden



**MEDECINS SANS FRONTIERES
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.**
Träger des Friedensnobelpreises

Eine neue Lernkultur in Unternehmen – lernförderliche Gestaltung von Arbeit

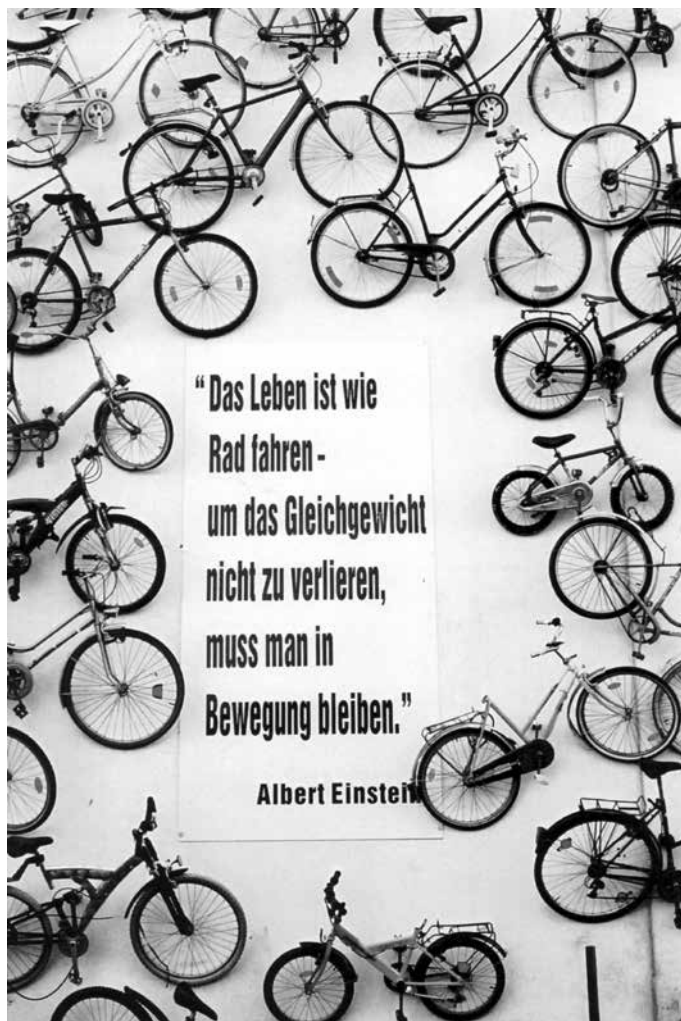


Foto: Robert Michel

Weshalb erfahrungsgeleitetes Lernen in der beruflichen Praxis so wichtig ist, erläutert Prof. Dr. Fritz Böhle (Foto) in einem Gespräch mit Gerhard Endres vom Onlinemagazin DENK-doch-MAL.de. Fritz Böhle ist der Leiter der Forschungseinheit Sozioökonomie der Arbeits- und Berufswelt an der Universität Augsburg. Außerdem forscht er seit vielen Jahren am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e. V. (ISF München). Wir danken für die Genehmigung zum Abdruck in der DDS.



Foto: Julia Heimlein

Fritz Böhle: Es gibt unterschiedliche Formen und Ziele der Weiterbildung. Alle sind zukünftig wichtig. Da ist zum Ersten die Weiterbildung als allgemeine Bildung – vom Sprachkurs bis hin zur Diskussion philosophischer Fragen und Themen. Dies ist nicht nur eine Basis der Persönlichkeitsentwicklung, sondern auch Grundlage der kulturellen und politischen Teilhabe. Wir leben in einer immer turbulenteren Welt. Weiterbildung hat die Aufgabe, die Menschen zu

befähigen, sich zu orientieren. Eine lebendige Demokratie braucht den mündigen Menschen. Als Weiteres – ohne dass damit eine hierarchische Rangfolge gemeint ist – kommt die berufliche Weiterbildung. Sie eröffnet die Möglichkeit, sich individuell beruflich weiterzuentwickeln, und ist auch Voraussetzung für die Sicherung von Fachkräften und die Anpassung an Umbrüche in der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur. Und schließlich gibt es die Weiterbildung zur Bewältigung von kontinuierlichen technischen und organisatorischen Veränderungen im Beruf und am Arbeitsplatz. Dies beinhaltet auch die Befähigung zur aktiven Beteiligung an Veränderungen und ihre Mitgestaltung. Ich möchte vor allem die Aufmerksamkeit hierauf richten.

Gerhard Endres: Was meinen Sie damit? Ist es nicht so, dass eher die Gefahr besteht, die Weiterbildung nur auf eine rein zweckbezogene, kurzfristig ausgerichtete berufliche Anpassung zu beschränken?

Man sollte die unterschiedlichen Formen und Ziele der Weiterbildung nicht gegeneinander ausspielen. Aus meiner Sicht ist es notwendig, gerade auch die Bewältigung von laufenden Veränderungen im Beruf und am Arbeitsplatz zu beachten, da sie in der Praxis eine sehr wichtige Rolle spielt, aber in der Bildungsdiskussion und -politik unzureichend erfasst wird. Sie wird lediglich auf ein »Learning by Doing« oder die Schulung bestimmter Kompetenzen reduziert. Es geht hier nicht um eine bloße reaktive Anpassung, sondern um die Befähigung, mit neuen Anforderungen souverän umzugehen und – wie schon erwähnt – sich aktiv in deren Gestaltung einzubringen. Gerade bei der Digitalisierung ist dies wichtig, im Sinne einer partizipativen Technikgestaltung und »Digitalisierung von unten«.

Müssten also vor allem die Unternehmen ihre Weiterbildungsangebote darauf ausrichten?

Ja, aber zugleich reicht das nicht aus. Hier kommt eine weitere Besonderheit dieser Weiterbildung ins Spiel. Eigentlich müsste es nicht Weiterbildung, sondern vor allem Weiterlernen heißen. Es geht um das Zusammenspiel von formeller Bildung und informellem Lernen in der Arbeit. Schulungen in Form von Kursen bis hin zu E-Learning-Programmen reichen nicht aus. Notwendig ist vor allem ein Lernen in der Arbeit und durch Arbeit. Man kann bei neuen Anforderungen nicht immer warten, bis ein entsprechender Kurs entwickelt und angeboten wird. Des Weiteren ist für den souveränen Umgang mit neuen technischen Systemen Erfahrungswissen notwendig. Das Erfahrungswissen ist wichtig, um beispielsweise bei der Digitalisierung Unstimmigkeiten zwischen der »virtuellen Welt« und der »realen Welt« zu erkennen und Unwägbarkeiten in technischen und organisatorischen Abläufen zu »meistern«. Voraussetzung für den Erwerb dieses Erfahrungswissens ist eine lernförderliche Gestaltung von Arbeit.

Die Chancen hierfür scheinen doch recht gut. In vielen Bereichen – so heißt

es – sind die Zeiten des Taylorismus mit seinen einseitigen und monotonen Tätigkeiten vorbei. Menschen können und sollen sich mit ihren Fähigkeiten in die Arbeit einbringen und sie weiterentwickeln.

Ja, aber es wird durchaus auch die Gefahr des digitalen Taylorismus gesehen. Also der Standardisierung und Beschränkung von Handlungsspielräumen in der Arbeit und damit auch des Lernens in der Arbeit. Unabhängig davon stellen wir fest, dass auch qualifizierte, selbstverantwortliche Arbeit keineswegs per se lernförderlich ist. Bei qualifizierten, selbstverantwortlichen Tätigkeiten wächst der Leistungsdruck enorm. Dies begünstigt einen Rückzug auf das Gewohnte, die Routine und die Scheu, sich Neuem zu öffnen. Man hat gar keine Zeit, sich mit neuen Anforderungen eigenständig auseinanderzusetzen, sondern muss versuchen, mit möglichst wenig Lernaufwand zurechtzukommen.

Gibt es noch weitere Lernhemmnisse bei qualifizierter Arbeit?

Durchaus. Mit der Digitalisierung entsteht eine immer größere Vernetzung der eigenen Tätigkeit mit anderen Bereichen. Die eigene Arbeit wird damit durch immer mehr Informationen und Anforderungen aus anderen Arbeitsbereichen in Unternehmen wie auch unternehmensübergreifend beeinflusst. Und umgekehrt steht man selbst in Kontakt mit anderen Bereichen, gibt Informationen weiter und fragt nach Informationen. Wir stellen dabei fest, dass der digitale Informationsfluss in der Praxis nur dann gelingt, wenn nicht nur die virtuelle, sondern auch die reale Welt in anderen Arbeitsbereichen bekannt ist. Nur dann kann man einschätzen, wie virtuelle Informationen aufgenommen, benötigt sowie be- und verarbeitet werden. Eine Voraussetzung hierfür ist nicht nur der virtuelle, sondern auch der reale Kontakt mit anderen Arbeitsbereichen, um ein über die eigene Arbeit hinausgehendes, erfahrungsbezogenes Kontextwissen zu erwerben. Meetings und Round-Table-Gespräche reichen hierfür nicht aus; notwendig sind unmittelbare Kontakte und die Kommunikation »vor Ort«. Doch zumeist ist es – vor allem in größeren Unternehmen – kaum möglich, bei der laufenden Arbeit in andere Bereiche zu gehen und »vor Ort« Erfahrungen zu machen, Probleme zu besprechen und zu klären.

Welche Folgen ergeben sich hieraus für die Weiterbildung?

Wir brauchen eine Verbindung von Weiterbildung und Arbeitsgestaltung, Bildungspolitik und Arbeitspolitik. Dies gilt nicht nur für die Bewältigung neuer Anforderungen, sondern bereits beim Einstieg in das Berufsleben. Die formale Bildung in Schulen und Hochschulen müsste grundsätzlich durch eine berufsbezogene Weiterbildung und ein Weiterlernen in der Arbeit und durch Arbeit ergänzt werden. Die lernförderliche Gestaltung von Arbeit muss zu einem grundlegenden Bestandteil sowohl der Arbeitspolitik als auch der Bildungspolitik werden. Auf allen Ebenen in Unternehmen ist es wichtig zu erkennen, dass Menschen im Prozess der Arbeit lernen. Management und Führungskräfte sollten dies wahrnehmen und positiv bewerten. Die Arbeitsgestaltung, der Personaleinsatz und die Leistungsbeurteilung müssen dazu beitragen, dass beim Arbeiten immer auch die Möglichkeit des Weiterlernens und der Erwerb von Erfahrungswissen möglich ist. Auf dieser Grundlage sind dann ergänzend und unterstützend formelle Weiterbildungsangebote partizipativ zu entwickeln und anzubieten. Um es etwas überspitzt auszudrücken: Formelle Bildung läuft hinsichtlich ihrer praktischen Anwendung ins Leere, wenn sie nicht durch ein unmittelbares Lernen in der Praxis ergänzt sowie auch vorbereitet wird. Beim praktischen Tun wird Wissen nicht nur angewendet, sondern immer auch weiterentwickelt und ergänzt. Umgekehrt ergeben sich erst durch das Lernen in der Praxis auch Anstöße für die formelle Bildung. Dies gilt ganz besonders im Arbeitsbereich, letztlich aber für alle Lebensbereiche. Die lernförderliche Gestaltung der Arbeit sowie aller Lebensbereiche müsste daher ein Schwerpunkt der Bildungspolitik des Staates, der Länder, der Verbände wie auch der Unternehmen sein. Bisher allerdings wird dies gar nicht als eine besondere Aufgabe der Bildungspolitik gesehen. So werden selbst dort, wo eine arbeitsnahe, arbeitsbegleitende und arbeitsintegrierte Weiterbildung gefördert wird, die lernförderliche Gestaltung der Arbeit selbst und die Bedeutung des erfahrungsgeleiteten Lernens in der Arbeit und durch Arbeit ausgeblendet. Dies müsste sich grundlegend ändern.



Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)
– Umweltprämie –
Frankfurter Straße 29 – 35
65754 Eschborn

Antrag auf Gewährung einer Umweltprämie
nach der Richtlinie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) zur Förderung des Absatzes von Personenkraftwagen

Das Antragsformular muss eigenhändig zweimal unterschrieben sein und ist zusammen mit den u. g. Nachweisen einzureichen.

Antragsteller / Antragstellerin

Anrede	Vorname	Nachname
Herr	Michael	Weber
Straße und Hausnummer		Postleitzahl Ort

Foto: imago images / Michael Weber

Lobbyismus und Demokratie in der Corona-Krise

Die Corona-Pandemie stellt unsere Gesellschaft vor eine bisher ungekannte Herausforderung. Die Krise betrifft jede und jeden von uns, sozial, ökonomisch, gesundheitlich, aber auch als Bürgerinnen und Bürger in unseren demokratischen Grundrechten. Gerade in Zeiten großer gesellschaftlicher Umbrüche muss sich auch die Demokratie bewähren.

Insbesondere die Aushandlung der Lastenverteilung der Krise sowie schnell geschürte Maßnahmenpakete bergen Risiken einseitiger Einflussnahme. Gerade jetzt müssen politische Entscheidungsprozesse transparent gestaltet werden, damit sie nicht einseitig von finanzstarken Lobbygruppen verzerrt oder ausgenutzt werden.

Lastenverteilung in der Krise – wer nimmt Einfluss?

In den ersten Wochen der Corona-Krise richtete sich der Blick vor allem auf den unmittelbaren Umgang mit dem Virus. Inzwischen rücken nun die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen

Folgen sowie staatliche Schutzschirme und Konjunkturprogramme stärker in den Fokus. Die in großer Geschwindigkeit von Bund und Ländern geschürten Maßnahmenpakete zeigen eindrucksvoll, welche gewaltigen Beträge der Staat hier einsetzt – und wie viel auf dem Spiel steht.

Die Debatte darüber, wie die Lasten der Krise geschultert werden – und von wem –, läuft bereits. Viele Interessengruppen treten nun mit Forderungen an die Politik heran. Das ist auch nachvollziehbar: Viele Unternehmen sehen sich in ihrer Existenz bedroht, viele Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Andere bangen um ihre Gewinne.

Wieder andere versuchen die Krisensituation schlichtweg auszunutzen – so wie beispielsweise die arbeitgeberfinanzierte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, die offenbar Chancen wittert, in der Krise endlich ihre seit Langem erhobene Forderung nach einer vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags durchzusetzen, was insbesondere Reichen und Unternehmen zugutekäme.

Verschärfte Machtungleichgewichte als Folge der Krise?

Seit Jahren weisen wir darauf hin, dass ökonomisch stärkere Gruppen mehr Möglichkeiten haben, Einfluss auf die Politik zu nehmen. Die Corona-Krise birgt nun die Gefahr, gesellschaftliche Machtungleichgewichte zu verstärken und soziale Spaltungen zu vergrößern – mit Rückwirkungen auf die politische Durchsetzungskraft unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen.

Bereits jetzt ist beispielsweise absehbar, dass die großen Digitalkonzerne als Gewinner aus der Krise hervorgehen. Deshalb müssen wir jetzt genau darauf achten, dass schwächere Interessen, soziale und ökologische Anliegen im Modus der Krisenbewältigung nicht unter die Räder kommen.

Rückkehr zu kritischen, öffentlichen Debatten notwendig

Doch genau das droht zu geschehen, wenn die Politik unter hohem Zeit-

druck arbeitet. In der direkten Reaktion auf die Krise war und ist ein schnelles Handeln seitens der Politik notwendig. Bundesregierung, Bundestag und Länder haben in Rekordzeit umfangreiche Maßnahmenpakete verabschiedet.

Die Möglichkeiten der zivilgesellschaftlichen Beteiligung und der parlamentarischen Kontrolle waren in der Kürze der Zeit entsprechend stark eingeschränkt. Selbst Bundestagsabgeordnete hatten sehr wenig Zeit, sich die Gesetzespakete genau anzuschauen und darüber zu debattieren.

Eine solches Vorgehen ist eine Politik der Notlage. Nach den ersten turbulenten Wochen mit schnellem Regierungshandeln brauchen wir nun auch Raum für besonnene, kritische, öffentliche Debatten über die aktuellen Maßnahmen und über eine gerechte Lastenverteilung.

Drei Punkte zur Stärkung der Demokratie

Folgende Punkte sind vor dem Hintergrund ungleicher Beteiligungsmöglichkeiten und schnellen Regierungshandelns in den kommenden Wochen und Monaten besonders wichtig:

1. Ausgewogenheit und Beteiligung

Politische Entscheidungsträger*innen sollten trotz aller Notwendigkeit für schnelles Handeln nun besonders auf Ausgewogenheit und umfassende zivilgesellschaftliche Beteiligung achten. Das heißt, dass die Politik auch Akteur*innen zu Wort kommen lässt und anhört, die über weniger gut ausgestattete Lobbyabteilungen verfügen.

Das ist umso wichtiger, da die Handlungsmöglichkeiten der kritischen Zivilgesellschaft derzeit stark beschnitten sind. Die Möglichkeiten für Protest auf der Straße sind aktuell eingeschränkt und für kreative Aktionen, für Vernetzung und Koordination zumindest erschwert. Demgegenüber können große Verbände und Unternehmen auch in der Krise schnell agieren, komplexe Gesetzesentwürfe durchdringen und Änderungsvorschläge einbringen.

2. Transparenz

Um Beteiligung sicherzustellen und zur demokratischen und parlamen-

tarischen Kontrolle der Krisenmaßnahmen braucht es Transparenz und Rechenschaftspflichten: Wer profitiert in welcher Form von staatlicher Unterstützung zum Beispiel aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds? Mit welchen Auflagen sind die Maßnahmen versehen und an welche Bedingungen sind sie geknüpft?

Hier muss trotz aller Notwendigkeit für schnelles Handeln der Bundestag hinreichend beteiligt werden und für die Öffentlichkeit ein angemessenes Maß an Transparenz hergestellt werden. In der Krise zeigt sich, wie wichtig das Vertrauen in staatliche Institutionen und Entscheidungen ist.

Daher sollte die Bundesregierung bei der weiteren Krisenbewältigung ein besonders hohes Maß an Transparenz im politischen Entscheidungsprozess ermöglichen und Entscheidungen umfassend begründen und erklären. Die Beteiligung von Interessenvertreter*innen sollte daher besonders transparent gestaltet, Stellungnahmen und Formulierungsvorschläge offengelegt werden.

3. Grundrechtseinschränkungen: sorgfältige Güterabwägung und Befristung

Die eingeführten Grundrechtseinschränkungen müssen laufend überprüft und möglichst kritisch und offen diskutiert werden, sowohl in ihrer Rechtmäßigkeit als auch in ihrer Verhältnismäßigkeit. Das Ziel des Schutzes der Gesundheit der Menschen muss gegen die Einschränkungen von Freiheitsrechten sorgsam abgewogen und einschränkende Maßnahmen müssen zeitlich klar befristet werden. Opposition, Medien und Zivilgesellschaft sind hier besonders gefordert, wachsam zu sein und genau hinzuschauen, wengleich auch sie derzeit unter erschwerten Bedingungen arbeiten.

Ausblick: Chancen und Risiken der Krise

Derzeit ist noch offen, welche langfristigen Folgen die Corona-Krise für unsere Gesellschaft, Wirtschaft und auch Demokratie haben wird. Die aktuellen Entwicklungen sind vielfältig

und widersprüchlich: Sie bergen Risiken in Richtung einer Verschärfung von Machtungleichgewichten und einer Verstärkung der Konzentration politischer Gestaltungsmacht auf Seiten der Exekutive.

Gleichzeitig bestehen auch Chancen: für eine solidarische Lastenverteilung und für eine neue Wertschätzung öffentlicher Institutionen und bisher wenig beachteter, aber zentral wichtiger Berufsgruppen wie etwa in der Pflege, im Einzelhandel oder in der Logistik.

Das entschiedene Handeln der staatlichen Politik sowie starke Zeichen der Solidarität in der Krise könnten zu einem veränderten politischen Handeln und einem neuen Verhältnis von Staat und Markt auch nach der Krise führen. Vielen Menschen wird gerade deutlich, wie viel möglich ist, wenn alle an einem Strang ziehen, um eine Krise zu bewältigen. Das könnte den Umgang mit gesellschaftlichen Missständen verändern, die auch ohne Corona-Krise weiter bestehen.

Eine transparente, partizipative Demokratie ist der Grundstein dafür, dass unsere Gesellschaft die Chancen der Krise ergreifen kann. Eine starke Zivilgesellschaft und kritischer Journalismus sowie eine lebendige und handlungsfähige Opposition sind wichtig, um auch in der Krise Machtungleichgewichten entgegenzutreten und Grundrechte zu verteidigen. Die Tendenz zu schnellem Handeln mit einem starken Übergewicht auf Seiten der Regierungsinstitutionen braucht diese Gegengewichte.



von Timo Lange

Diplom-Politikwissenschaftler
bei LobbyControl zuständig
für Transparenz- und
Lobbyregulierung

Die DDS-Redaktion bedankt sich bei LobbyControl für die Genehmigung des Nachdrucks dieses Textes.

LobbyControl ist eine unabhängige Organisation, die sich über Spenden finanziert.
Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft in Köln
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE 8037 0205 0000 0804 6200
Kto.-Nr.: 8046200 • BLZ: 37020500

Hürden beim digitalen Unterricht – für Neuzugewanderte nicht zu überwinden



Foto: Robert Michel

In der aktuellen Diskussion um Onlinebeschulung geht es leider nur am Rande um neuzugewanderte Schüler*innen. Die Tatsache, dass es ihnen kaum möglich ist, am digitalen Unterricht teilzunehmen, interessiert die Öffentlichkeit nicht. Am Beispiel der Berufsintegrationsklassen (BIK) für Neuzugewanderte möchte ich darstellen, wo die Probleme liegen und wie Verbesserungen aussehen könnten.

Seit den Schulschließungen in Bayern wegen Corona sollen die Lehrkräfte ihre Klassen digital beschulen. Dies setzt einiges voraus, das gerade bei Neuzugewanderten selten gegeben ist.

Anforderungen und Wirklichkeit

Voraussetzungen auf der Seite der Schüler*innen, damit eine digitale Beschulung gelingen kann:

- Zugang zu einem PC mit Internetverbindung und zu einem Drucker
- E-Mail-Adresse
- Know-how, wie man E-Mails abrufen, Anhänge öffnet, bearbeitet und zurückschickt und wie man mit einer Lernplattform arbeitet
- Platz und Ruhe zum Lernen
- kognitive und persönliche Möglichkeiten zum selbstständigen Lernen

Angesichts dieser Grundlagen stößt der digitale Notunterricht in BIK/V- bzw. BIK-Klassen¹ an seine Grenzen. Die Schüler*innen sind häufig sehr wenig an selbstständiges Arbeiten und Lernen gewöhnt. Sie brauchen viel Unterstützung und persönliche Zuwendung. Nur wenige von ihnen haben zu Hause einen Zugang zu einem PC und kaum jemand kann dort auf Hilfe beim Lernen hoffen. Ist ein Computer vorhanden, fehlt oft die Erfahrung im Umgang damit. E-Mails kennen viele nicht. Und das

¹ Im ersten Schuljahr, in der BIK/V-Klasse (Berufsintegrationsklasse vorschulisch), liegt der Schwerpunkt auf dem Spracherwerb, im 2. Schuljahr, in der BIK-Klasse, neben dem Spracherwerb auf betrieblichen Praktika und dem Mittelschulabschluss.

Ausweichen auf das Arbeiten am Handy scheitert oft an dem meist knappen Handyguthaben der Schüler*innen. Die wenigen Jugendlichen, die auch über einen digitalen Notunterricht gut erreicht werden können, leben in der Regel in einer gut betreuten Jugendwohngruppe.

Um den Faden zu den Schüler*innen nicht zu verlieren, müssen wir Lehrkräfte das Material also per Post verschicken. Doch auch dieser Weg birgt Probleme: Zu jedem Arbeitsblatt, das wir an die Schüler*innen schicken, müssen wir eine Erklärung in angepasster Sprache entwerfen. Enthält das Erklärungsblatt einen Link zu einem Onlineangebot, verlangt dies eine weitere gut durchdachte Erklärung. So wird das Paket mit Arbeitsblättern immer umfangreicher, wodurch die Überforderung noch gesteigert wird. Nur ein hohes Maß an selbstständigem Lernen könnte hier entgegenwirken, doch genau diese Fähigkeit fehlt ja vielen Schüler*innen noch.

Da aus den oben genannten Gründen also die meisten Schüler*innen nicht per E-Mail erreichbar sind, können sie auch nicht bei der Lehrkraft nachfragen – außer die Lehrkraft gibt ihnen ihre private Telefonnummer.² Für die Schüler*innen und die Lehrkräfte ist diese Situation überaus frustrierend, da jegliches Feedback ausbleibt.

Besondere Problemlagen

Darüber hinaus verstehen viele Schüler*innen aufgrund fehlender Sprachkenntnisse nicht, was gerade los ist und welche Regeln aufgrund der Corona-Krise jeweils gelten. Viele sind so verunsichert, dass sie sich nicht mehr nach draußen trauen. Gerade die, die in Gemeinschaftsunterkünften (GUs) leben müssen, sind von allen Informationsmöglichkeiten abgeschnitten. Niemand – außer den Sicherheitsdiensten – darf derzeit in die GUs und in den Unterkünften gibt es auch kein WLAN³. Für viele eine ausweglose Situation, wenn man bedenkt, dass Hilfsangebote nur telefonisch oder online zu erreichen

sind und aufseiten der Geflüchteten meist der Mut, die Deutschkenntnisse und ein ausreichendes Handyguthaben fehlen. Dazu kommt, dass die psychische Belastung dieser Schüler*innen sowieso schon sehr hoch ist, denn zu den Sorgen um die Situation im Heimatland und die Zukunft kommen aktuell noch die Ungewissheiten, die mit Corona verbunden sind.

Geflüchtete Schüler*innen sind die größten Verlierer*innen angesichts der Corona-Krise. Sie leben unter noch schlechteren Bedingungen als zuvor. Sie haben kaum Lernmöglichkeiten und seit Jahren wird von politischer Seite ignoriert, dass Lernen Platz und Ruhe braucht – auch in GUs.

Was müsste sich ändern?

Seit vielen Jahren weisen wir auf verschiedensten Ebenen immer wieder auf die Notwendigkeit eines grundständigen EDV-Unterrichts für Schüler*innen der BIK/V- und BIK-Klassen hin. Fragen wie »Wie schalte ich den PC ein?«, »Was mache ich mit der Maus?«, »Was ist Word?« und »Was ist eine Lernplattform?« müssen unterrichtet und dort beantwortet werden. Doch keine Ebene interessiert sich dafür, entsprechende Konzepte zu entwickeln und diese im Unterricht umzusetzen. Selbstredend dürften dafür keine Stunden vom Deutschunterricht weggenommen werden. Es müssten vielmehr zusätzliche Unterrichtsstunden eingeplant werden. Alternativ dazu könnten die Inhalte auch im Rahmen des Praxisunterrichts vermittelt werden. Dafür müsste dann auch für alle Schüler*innen der Zugang zu digitalen Endgeräten gesichert sein, damit die Theorie sofort praktisch angewendet werden kann und aufgrund der regelmäßigen Anwendung das Gelernte nicht wieder verloren geht.

Natürlich müssten dann auch die Lehrkräfte endlich Dienst-PCs und -Handys erhalten, um den Kontakt halten zu können. Auf dem privaten PC haben Schüler*innendaten datenschutzrechtlich nichts zu suchen. Damit alle Schulen bezüglich Digitalisierung auf dem gleichen Wissensstand sind, braucht es bedarfsangepasste Fortbildungen und kein Gießkannenprinzip, bei dem alle Schulen die gleichen Fortbildungen absolvieren müssen.

Wie kann es weitergehen?

In der Diskussion um die Wiederöffnung der Schulen spielen pädagogische Überlegungen, wer wie bald wieder beschult werden sollte, derzeit keine Rolle, obwohl das Beispiel Dänemark zeigt, dass Schulöffnungen auch nach pädagogischen Kriterien erfolgen können. Hierzulande scheinen demgegenüber ausschließlich Noten und Abschlüsse relevant zu sein. Die Lehrkräfte bleiben mit ihrer professionellen Einschätzung außen vor. Folglich drängt sich der Gedanke auf, dass die Schulpflicht für Neuzugewanderte, die manchen ein Dorn im Auge ist, auf diesem Wege eingeschränkt oder umgangen werden soll.

Derzeit gilt: Die BIK/V-Schüler*innen können nach diesem stark verkürzten Schuljahr dieses entweder wiederholen – aber nur, wenn sie das im jetzt laufenden Schuljahr nicht schon machen – oder in die BIK weitergehen, in der sie dann einen Schulabschluss erwerben können. Die meisten werden auf diesem Weg aber scheitern.

Unabhängig davon wird es sehr viel Energie und Zeit kosten, die Schüler*innen wieder an die Schulstruktur zu gewöhnen – Zeit, die für die Stoffvermittlung fehlt. Deshalb wäre es dringend nötig, ein auch konzeptionell vorbereitetes Zwischenschuljahr einzurichten, denn ein Schuljahr zu wiederholen, ist nur bedingt sinnvoll. Die Schüler*innen hätten dann auch nicht das Gefühl, Zeit zu verlieren, da in dem Zwischenschuljahr andere Schwerpunkte gesetzt werden könnten: Stärkung der Schriftsprache, ein höherer Praxisanteil in der Schule, Stärkung der sozialen Kompetenz und Teamfähigkeit, Entwicklung und Verfolgung von Zielen, sind nur einige, die sich anbieten. Obwohl dieses Konzept bereits auf verschiedensten Ebenen angesprochen wurde, fehlt bislang dafür das Interesse. Ein auf die Bedürfnisse derer zugeschnittenes Jahr, die noch nicht genügend Kenntnisse für den Übergang in die BIK haben, wäre aber gerade jetzt mehr als überfällig.

von Dr. Doris Weber

Lehrerin in einer Berufsintegrationsklasse der Berufsschule 5 in Nürnberg
Mitglied der Bundesfachgruppe Berufliche Schulen der GEW



² In Nürnberg gab es trotz anderslautendem KMS vom 11.3.2020 über einige Wochen ein Betretungsverbot der städtischen Schulen auch für Lehrkräfte.

³ Vgl. auch: Verband der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer*innen Bayern: Schulschließung – und kein WLAN in Flüchtlingsunterkünften. PM v. 20.4.2020, Download: unserveto-bayern.de; Demirel Gülseren (Bündnis 90/Die Grünen): Nachbesserungen bei den Schutzmaßnahmen und WLAN Zugang für Geflüchtete. guelseren.de

Unbegleitete minderjährige Geflüchtete in Griechenland

Refugees von der Solidarität ausgeschlossen?



Im Schatten von Corona wurde die menschenrechtswidrige deutsche Asylpolitik hemmungslos verschärft. Deutschland hat seine Programme zur Aufnahme von Geflüchteten »ausgesetzt«, erklärte das Bundesinnenministerium am 18. März 2020. Von der Leyen lobte bei ihrem Besuch in Athen im März 2020 Griechenland als »das Schild Europas« und stellte dem griechischen Staat, der kurz danach das Asylrecht ebenfalls für einen Monat »ausgesetzt« hat, 700 Millionen Euro für Grenzaufrüstung bereit.

Was das bedeutet, zeigt sich überdeutlich auf den griechischen Inseln. Von Stacheldraht umgeben vegetieren allein im Lager Moria auf Lesbos bis zu 20.000 Menschen unter katastrophalen Bedingungen. Besonders prekär ist dort die Situation für schwangere Frauen, kranke und alte Menschen sowie für die über 2.000 unbegleiteten Minderjährigen. Ärzte ohne Grenzen berichtet bereits von Selbsttötungsversuchen unter den Minderjährigen.

Menschenrechtsorganisationen fordern, dass die Geflüchteten auf den Inseln sofort evakuiert und von Deutschland und anderen EU-Ländern aufgenommen werden müssen. Der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (b-umf.de) wies nach, dass in kürzester Zeit etwa 2.000 unbegleitete

minderjährige Flüchtlinge unter Wahrung des Infektionsschutzes in Jugendwohngruppen aufgenommen werden könnten, mit Vorlauf deutlich mehr. Länder, Kommunen, Jugendhilfeträger und Einzelpersonen erklärten sich unter dem Motto »Wir haben Platz« bereit, Minderjährige aufzunehmen.

Doch der Bundesinnenminister Seehofer blockiert und im Bundestag wurde ein Antrag, dass Deutschland 5.000 unbegleitete Kinder, Schwangere, allein reisende Frauen oder schwer Traumatisierte aus den Flüchtlingslagern aufnimmt, mit großer Mehrheit abgeschmettert.

Im April und Mai wurden rund 80.000 Erntehelfer*innen aus Rumänien mit Charterflugzeugen auf hiesige Spargel- und Erdbeerbefelder eingeflogen, um ihre Arbeitskraft auszubehuten, und rund 240.000 deutsche Urlauber*innen wurden zurückgeholt. Dagegen dürfen nun gerade mal 50 (!) unbegleitete Minderjährige aus den EU-initiierten Katastrophen-Hotspots nach Deutschland einreisen! Das ist unsägliche »deutsche Solidarität«, die auf Ausgrenzung beruht.

Am 5. April führten mehrere Initiativen in verschiedenen Städten den Aktionstag »#LeaveNoOneBehind« und »Grenzenlose Solidarität« für die Evakuierung und Aufnahme der auf den griechischen Inseln internierten Ge-

flüchteten durch. 26 Organisationen unterzeichneten den Aufruf »Aufnehmen statt sterben lassen! Die Faschisierung Europas stoppen!«.

Bis dato fehlen allerdings Unterstützungserklärungen von DGB-Gewerkschaftsorganisationen, auch wenn Gewerkschafter*innen individuell daran teilnehmen. Mitte April initiierten daher Aktive der ver.di-Jugend Nordhessen eine Unterschriftenaktion mit der »Aufforderung an den DGB-Vorsitzenden zur Positionierung hinsichtlich der Situation der Geflüchteten in Deutschland und auf den griechischen Inseln«. 1.290 DGB-Gewerkschaftsmitglieder unterzeichneten. Eine Reaktion des DGB-Vorsitzenden lässt auf sich warten.

Gewiss, als Gewerkschafter*innen haben wir gegenwärtig viel zu tun, um angesichts von Corona alle möglichen Zumutungen für die Kolleg*innen abzuwehren. Aber gleichzeitig sind wir gefordert, unsere Stimme gegen das schreiende Unrecht zu erheben, das gerade auch von deutscher Politik Abertausenden der »Verdammten dieser Erde« angetan wird.

von Wolfgang Häberle
Mitglied der DDS-Redaktion



Betriebsratssitzungen als Telefon- oder Videokonferenzen

Eigentlich sieht das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) keine Telefon- oder Videokonferenzen vor. »Die Beschlüsse des Betriebsrats werden, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder gefasst«, heißt es dort in § 33 Abs. 1 Satz 1.

Doch in Zeiten der Corona-Pandemie konnten sich auch die Betriebsrät*innen oft nicht mehr persönlich treffen. Gleichzeitig waren sie mehr denn je gefragt. Nur allzu oft wurden und werden ihre Mitbestimmungsrechte übergeben.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil wollte deshalb per Ministererklärung gestatten, dass Betriebsratssitzungen auch per Video- oder Telefonkonferenz einschließlich onlinegestützter Anwendungen wie WebEx Meetings oder Skype stattfinden können. Was gut gemeint war, stellte sich als Fauxpas heraus: Ein Gesetz kann nicht per Erklärung abgeändert werden. Der zweite Versuch, das Gesetz der besonderen Situation anzupassen, führte schließlich zum Ziel: Der Bundesrat fügte am 22. April eine entsprechende Vorschrift in das BetrVG ein (§ 129 Son-

derregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie; vgl. gesetze-im-internet.de).

Doch Vorsicht: Die Sonderregelungen treten zwar rückwirkend zum 1. März 2020 in Kraft, damit die bereits in Videokonferenzen gefassten Beschlüsse rechtswirksam bleiben, doch gelten sie nur bis zum 31. Dezember 2020 (vgl. Dietmar Christians, Rechtsschutzsekretär der DGB-Hauptverwaltung: Jetzt ist es amtlich: Betriebsratssitzungen als Telefon- oder Videokonferenzen. dgbrechtschutz.de).

von Dorothea Weniger

Gewerkschaftliche
Bildungsarbeit der GEW



Liebe Kolleg*innen,

aufgrund der Corona-Pandemie sind bis Ende Juli dieses Jahres alle Veranstaltungen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit abgesagt. Ob und unter welchen Bedingungen wir unser Seminarprogramm im Herbst wieder aufnehmen können, ist derzeit noch nicht abzusehen. Wir halten euch auf unserer Homepage auf dem Laufenden: gew-bayern.de/gewerkschaftl-bildungsarbeit/events/list/

von Christiane Fuchs

Koordinatorin der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter AJuM.de (Datenbank) oder unter LesePeter.de.

Im Juli 2020 erhält den LesePeter das Sachbuch

**Lena Sjöberg:
Hartgekochte Fakten über Eier**

Aladin Verlag 2020 • 48 S. • 15,00 EUR
ab 8 Jahren • ISBN: 978-3-8489-0168-5

Das Buch ist ein Sammelsurium, gespickt mit Fakten rund ums Ei. Neben wissenschaftlichen Informationen haben auch Redewendungen, Bastelideen und Rezepte Platz im Buch gefunden. Somit wird nicht nur biologisches Wissen, sondern auch Praktisches zum Thema Ei vermittelt. Die farbigen Zeichnungen sind im Retrostil gehalten. Jede Seite ist anders gestaltet, das Layout, die Illustrationen und Inhalte sind sehr abwechslungsreich und künstlerisch vielfältig arrangiert. Die Autorin hat sich ganz unterschiedlicher Quellen bedient, um dieses umfangreiche und äußerst informative Werk zusammenzustellen.

Im August 2020 erhält den LesePeter das Bilderbuch

**Susanna Mattiangli und
Vessela Nikolova:
Ein Strandtag**

Bohem Press • Zürich 2020 • 36 S. • 15,00 EUR
ab 3 Jahren • ISBN: 978-3-95939-076-75

Ein Tag am Strand bietet viele wunderbare Erfahrungen: mit der Taucherbrille die Wasserwelt beobachten, einen Tunnel buddeln oder alleine Pommes kaufen. Von einem solchen Strandtag erzählt auch dieses Bilderbuch, welches die Situation detailreich, präzise und ausgesprochen dicht aus der Perspektive einer kindlichen Protagonistin in Szene setzt.

Mit diesen Meldungen wandte sich die GEW von Mai bis Anfang Juni 2020 an die Presse

- GEW Bayern zu den vorgestellten Schul- und Kita-Öffnungen: Den Schutz der Beschäftigten nicht vergessen! – PM 24 v. 5.5.2020
- GEW Bayern zur schulischen Notbetreuung in den Ferien – PM 25 v. 6.5.2020
- GEW Bayern fordert bessere Einbindung der Schulleitungen: Statt kurzfristiger Ankündigungen durch Pressemitteilungen sind gemeinsame Absprachen und Planung nötig! – PM 26 v. 7.5.2020
- Lernmittelfreiheit ausweiten: GEW Bayern fordert Endgeräte für Lernende und Lehrende! – PM 27 v. 13.5.2020
- GEW Bayern stellt Umfrageergebnisse zur Situation in den Schulen und Kitas vor: Wo Licht ist, ist auch Schatten! – PM 28 v. 14.5.2020
- GEW Bayern fordert faire Bedingungen für das Staatsexamen zum Lehramt während der Einschränkungen durch COVID-19 – PM 29 v. 18.5.2020
- GEW Bayern zur Ferien-Notbetreuung an Schulen: Das Limit der Belastung für Lehrkräfte ist erreicht! – PM 30 v. 19.5.2020
- GEW Bayern zur Situation in den Kitas: Arbeiten unter erschwerten Bedingungen und jetzt wird auch noch der Urlaub gestrichen? – PM 31 v. 25.5.2020
- Normalbetrieb in der Arbeit mit Kindern: aktuell undenkbar! – PM 32 v. 9.6.2020

Alle Pressemitteilungen der GEW Bayern sind hier zu finden: gew-bayern.de

Treffpunkt GEW .. Treffpunkt GEW .. Treffpunkt GEW .. Treffpunkt GEW ..

Diese Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Dorothea.Weniger@gew-bayern.de

Altötting/Mühldorf Treffen nach Vereinbarung. Termine auf Anfrage
Kontakt: Jochen Peters, ☎ 08639 5330, jochenpeters8@aol.com
oder Karin Ebensperger, karinebensperger@gmx.de

Ansbach Pädagogischer Stammtisch in regelmäßigen Abständen,
Termine dazu und weitere Informationen: www.gew-ansbach.de
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 09802 953142, gew.kvansbach@gmail.com

Aschaffenburg/Miltenberg Termine auf Anfrage
Kontakt: Monika Hartl, ☎ 06021 4398235

Augsburg Termine/Infos: gew-augsburg.de, Treffen jeden 1. Donnerstag
im Monat ab 19.30 Uhr, im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Tobias Bevc, info@gew-augsburg.de

Bad Tölz/Wolfratshausen
Stammtisch 2. Mittwoch im Monat (Geretsried od. Bad Tölz) 20.00 Uhr
Kontakt: Gisa Pfnuer-Reichelt, ☎ 08171 909344 oder 0152 07507711

Bamberg Aktuelles: www.bamberg.gew-oberfranken.de
Kontakt: ☎ 0951 67888, ba@gew-oberfranken.de

Bayreuth/Kulmbach Treffen jeden 3. Donnerstag im Monat (außer Ferien),
18.30 Uhr, Gaststätte »Die Laus«, Bayreuth, Hoffmann-Von-Fallersleben-Str. 24
Kontakt: kv.bayreuth-kulmbach@gew.bayern

Coburg jeden 2. Mittwoch im Monat, 20.00 Uhr,
Da Mario, Sally-Ehrlich-Str. 7, Coburg
Kontakt: Jürgen Behling, ☎ 09566 808060, schmitt.behling@t-online.de

Donau-Ries/Dillingen mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr,
Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Gudula Zerluth, ☎ 09090 3986, zerluth@web.de

Erding Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien)
19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim
Kontakt: Heidi Oberhofer-Franz, heidi.oberhofer-franz@gew.bayern

Erlangen jeden Dienstag Sprechstunden von 17.00-18.00 Uhr,
Arbeitslosenberatung: jeden 3. Mittwoch im Monat, 18.00-19.00 Uhr,
Friedrichstr. 7, Kontakt: ☎ 09131 8119451, info@gew-erlangen.de,
www.gew-erlangen.de

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr
Vogelgässler, Vogelstr. 16
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 09191 702432, andihartmann@web.de

Freising Termine auf Anfrage
Kontakt: Tina Buchberger, ☎ 0160 95908582

Fürstenfeldbruck/Dachau
Treffen nach Vereinbarung, Kontakt: Margot Simoneit
☎ 08141 539154, margot.simoneit@gew.bayern

Fürth Sprechzeiten im GEW Bezirksbüro, Luisenstr. 2, 90762 Fürth
am Mittwoch von 14.15 - 16.15 Uhr
Kontakt: ☎ 0911 6589010, gew-mittelfranken@nefkom.net

Hof-Wunsiedel Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat,
abwechselnd in Hof bzw. Selb, Ort und Termin: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Karlheinz Edelmann, ☎ 09281 93921, edekarl@yahoo.de

Ingolstadt/Eichstätt/Neuburg/Schrobenhausen
offene Vorstandssitzung am 3. Donnerstag im Monat ab 17.30 Uhr
im Café Maximilians, Schäfflöräustr. 23, Ingolstadt
Kontakt: Gabi Gabler, g.gabler@gmx.net

Kempten/Oberallgäu Treffen jeden 1. des Monats (außer in den Ferien)
Kontakt: Tian Walter, gew.kemptenoberallgaeu@gmail.com

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Gerold Maier, ☎ 08381 5183 • gew-gerold@web.de

Main-Spessart Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos, ☎ 09352 5768
oder Wolfgang Tröster, ☎ 09353 8181

Memmingen/Unterallgäu Termine auf Anfrage
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 08331 6400009, gew-unterallgaeu@gmx.de

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 089 3088243

München Fachgruppe Grund- und Mittelschulen
Termine: gew-muenchen.de
Ansprechpartnerin: Christiane Wagner, christiane.wagner@gew-bayern.de

München Fachgruppe Gymnasien Termine auf Anfrage
Kontakt: Michael Hatala, ☎ 0176 39579577
michael.hatala@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Hochschule und Forschung
Termin: Vgl. gew-muenchen.de/fachgruppen/hochschulforschung/huf/
Kontakt: huf@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Realschulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Michael Hemberger, hembergermichi@gmail.com

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Wolfram Witte, ☎ 089 134654, WolframWitte@gmx.net

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de

**München Lehramtskampagne an der Universität
und GEW-Studierende**, Kontakt: la-m@gew-bayern.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute
monatlich Treffen: Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, Termine auf Anfrage
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 089 4483916, Mathias Sachs, SachsMathias@aol.com

München AK Union Busting jeden 3. Mittwoch 18.00 Uhr, DGB-Haus,
Gruppenraum der GEW, Kontakt: AOB@gew-muenchen.de

München Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM)
Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: daniela.kern@ajum.de, ☎ 0170 5430455

München GEW-Seniorinnen und Senioren
Jour-fixe jeden 3. Montag im Monat, 17.00 - 19.00 Uhr, DGB-Haus
Kontakt: Irene Breuning, ☎ 089 7853746

Neumarkt/Oberpfalz
Treffen: Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: sigrid-schindler@web.de

Neu-Ulm/Günzburg
Treffen: monatlich, Termin auf Anfrage
Gasthaus Lepple, Vöhringen oder Zur Goldenen Traube, Witzighausen
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 07307 23396
ulrich.embacher@gmail.com

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen
Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Steffi Ungethüm, Steffi.Ungethuem@stadt.nuernberg.de

Nürnberg Fachgruppe Grund- und Hauptschulen
Termine und Infos unter www.gew-nuernberg.de
Kontakt: Werner Reichel, ☎ 0911 301491, werner_reichel@web.de

Nürnberg Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe, Monatliche Treffen.
Kontakt: Mario Schwandt, sozpaedberufe@gew-nuernberg.de

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken
Termine und Infos unter: www.gew-fachgruppe.sopaed.net
Kontakt: K. Hübner, khoebner@arcor.de, B. Frey: benifrey@posteo.org

Nürnberg/Fürth offener Stammtisch für alle Fachgruppen
Treffen nach Vereinbarung.
Kontakt: gew-mittelfranken@nefkom.net, ☎ 0911 6589010

Nürnberg Büro für Lebenserfahrung
Aktivitäten und Infos: gew-nuernberg.de
Kontakt: Wolfgang Streidl, ☎ 0171 9275449, wastreidl@yahoo.de

Nürnberg Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Gerd Schnellinger, ☎ 0179 4259064,
gerd.schnellinger@gew.bayern

Passau/Östliches Niederbayern Treffen alle zwei Monate
Kontakt: Tobias Korter, kv-passau@gew.bayern

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat
20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Sokrates in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 08441 71192, Lang-Reck@t-online.de

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Stefanos,
Bruderwöhrdstr. 15, Bürozeit: jeden Donnerstag außerhalb der Ferien
von 16.00-17.00 Uhr im Büro Richard-Wagner-Str. 4/1, rückw.
Kontakt: Peter Poth, ☎ 0941 566021

Rosenheim jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, im »Z – linkes
Zentrum«, Innstr. 45, Rosenheim
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 08031 95157

Roth/Schwabach/Hilpoltstein
Kontakt: Joscha Falck, gew.rh-sc@gmx.de

Schweinfurt jeden 2. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 09721 186936

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr
Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 09661 7755,
manfred.schwinger@asamnet.de

Weiden jeden 2. Monat, 19.30 Uhr, an wechselnden Orten
Termine auf Anfrage: raul.vitzthum@gew.bayern
Kontakt: Raul Vitzthum, ☎ 0151 15551475

Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen Termine auf Anfrage
Kontakt: Irmgard Schreiber-Buhl, ☎ 08861 9789
wm-sog-gap@gew.bayern

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr Casino
Kontakt: Harald Morawietz, post@gew-wug.de, gew-wug.de

Würzburg monatliche Treffen, Termine auf Anfrage,
19.00 Uhr, Gaststätte »Am Stift Haug«, Textorstr. 24, 97070 Würzburg
Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 0931 29194129, presse@gew-unterfranken.de